

Wie weiter? Konsequenzen aus dem russischen Überfall auf die Ukraine

Europäische Union muss wirtschaftliche Stärke für äußere Sicherheit, Nachhaltigkeit des globalen Handels und Erhaltung der europäischen Werte einsetzen.

Am Morgen des 24. Februar 2022 überfiel Russland mit einer Invasionsmacht von etwa 200.000 Soldaten sein Nachbarland – die Ukraine – und beendet damit eine jahrzehntelange Phase des Friedens auf dem Europäischen Kontinent.

Aus diesem Anlass veranstaltete das OstWestWirtschaftsForum Bayern gemeinsam mit dem Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft einen Nachmittag mit Vorträgen zur Frage: wie kann es mit und nach diesem Krieg weitergehen?

Nach wie vor ist Russland ein relevanter Lieferant auf dem Rohstoff- und Energiemarkt und wichtiger Handelspartner für die Länder der Europäischen Union. Beide Seiten dieses Handelsgeflechts schienen seit Jahren aufeinander angewiesen. Russland verließ sich auf die regelmäßigen Zahlungen der hungrigen Öl- und Gasimporteure und diese machten sich zu einem großen Teil von diesen Importen abhängig.

Russland ist nach Aussagen von Ökonomen dennoch abhängiger von der Welt als die Welt von Russland. Nach wie vor sind Öl und Gas die wichtigsten Energiequellen des 21. Jahrhunderts und bis diese vollständig durch regenerative Energien ersetzt werden können, gehen sicher noch einige Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte ins Land. Technologisch aber ist Russland, angefangen von der Erschließung der Öl- und Gasvorkommen bis hin zur Luftfahrt mit Airbus und Boeing auf den Westen angewiesen.

Der russische Angriffskrieg hat gezeigt, wie gefährlich die Abhängigkeit von autokratischen, diktatorischen und aggressiv agierenden Nationen sein kann. Richtigerweise versucht Europa nun alles, um seine Abhängigkeiten von Russland und weiterer Staaten schnellstmöglich zu minimieren.

Präsident Eberhard Sinner verwies in seiner Begrüßung auf die fast 55-jährige Geschichte des OWWF Bayern, damals beginnend mit Kontakten zum Nachbarland Tschechoslowakei, heute mit fast allen östlichen Nachbarn Bayerns bis hin nach China. In den Zeiten des Kalten Kriegs haben wir gelernt, dass die Aufrechterhaltung des Dialogs die einzige Chance zur Beilegung von Differenzen ist. Es wird auch eine Zeit nach Putin geben, wir müssen vorbereitet sein und Perspektiven entwickeln.

Es gibt nicht nur den Handel und Investitionen von vielen deutschen und europäischen Unternehmen, die in Russland und der Ukraine engagiert sind. Es gibt vielfältige Beziehungen der Zivilgesellschaft in allen Bereichen. Präsident Sinner verwies beispielhaft auf die 100 Städtepartnerschaften zwischen deutschen und russischen Städten. Vielfach werden diese Beziehungen eingefroren. Man könnte aber auch aktiv werden und den Krieg thematisieren. Er regte eine gemeinsame Initiative all dieser, oft vom Weltkrieg II besonders betroffenen Städten an: „Keine Bomben auf Städte“. Diese Initiative könnte international ausgebaut werden, weil Städtepartnerschaften nicht nur mit deutschen Städten bestehen.

Karl Freller MdL und 1. Vizepräsident des Bayerischen Landtags war Schirmherr der Veranstaltung. In seinem Grußwort, das er sichtlich bewegt vortrug, stellte er fest, dass nach zwei Jahren dunkler Wolken wegen der Pandemie sich der Himmel nicht zum bayerischen Weiß-Blau aufklarte, sondern sich wegen des russischen Überfalls auf die Ukraine ganz verfinsterte.

„Sicher gibt es auch gute Erinnerungen an Russland“, aber wir müssen schmerzhaft erfahren, was es bedeutet, sich von einem Land zu sehr abhängig zu machen. Auch wird uns bewusst, dass wir unsere Freiheit und Demokratie verteidigen und dafür vorbereitet sein müssen. Gerade Bayern hat sich durch den globalen Handelsaustausch sehr gut entwickelt.

Konsul Dmytro Shevchenko vom Generalkonsulat der Ukraine in München bedankte sich beim OWWF Bayern für das Engagement für die Ukraine, insbesondere Karl Walter und Hermann Pönisch, die sich bereits seit Jahrzehnten engagierten.

Er berichtete von den zahlreichen, von russischen Truppen begangenen Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen, Gewalt gegen Frauen und Kinder, Massenhinrichtungen, Plünderungen, Vernichtung wertvoller historischer ukrainischer Dokumente.

„Es ist nicht der Krieg Putins – es ist der Krieg Russlands gegen die Ukraine“. Eine große Mehrheit der Russen befürwortet diesen Krieg, auch der in Deutschland lebenden Russen. Kein einziger russischer Diplomat hat sein Amt aufgegeben. Am 9. Mai ist in München eine pro-russische Demonstration geplant.

„Jetzt ist nicht die Zeit, Brücken zu bauen.“ Den deutschen Unternehmen, die sich aus Russland zurückziehen, sind wir dankbar. Es ist zu spät, Angst vor Putins unberechenbaren Reaktionen zu haben, es ist auch nicht möglich, neutral zu bleiben. In Russland gibt es keine Zivilgesellschaft mehr, mit der man in Kontakt bleiben könnte.

Die große Hilfsbereitschaft ist anerkennenswert, kann aber nur die Folgen lindern.

Prof. Dr. Werner Weidenfeld, einer der führenden Politikwissenschaftler unseres Landes, stellt fest: „Die Welt ist aus den Fugen geraten.“ Der Krieg in Europa ist das Ende einer langen Friedensperiode. Dieser Krieg hat dazu geführt, dass die Europäer zusammengedrückt sind. Es ist aber zu befürchten, dass sich aus nationalen Erwägungen bald unterschiedliche Standpunkte zu Sanktionen, EU - Beitritt der Ukraine, Lieferung von schweren Waffen manifestieren.

Das Suchen nach Antworten der freien Welt wird dringlicher. Russland zündelt auch auf dem Westbalkan und in Moldavien und versucht, seine Einflussphäre auszuweiten.

Die wichtigste Erkenntnis für Europa: Europa muss sich als Einheit freier und demokratischer Länder verstehen, Europa muss sich als Strategiegemeinschaft sehen und als solche handlungsfähig werden. Die Menschen erwarten eine klare Zukunftsvision in einem Zeitalter der Komplexität.

In den 90er Jahren stand die EU in ihrer Identitätskrise vor der Frage: den Binnenmarkt vollenden und/oder eine Sicherheit Gemeinschaft aufbauen. Die Antwort Delors war die Vollendung des gemeinsamen Marktes. Die EU hatte nur Kraft für ein Ziel.

Der russische Angriffskrieg zwingt die EU, auch in Sicherheitsfragen handlungsfähig zu werden.

Christian Nitsche, Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks stellte am Anfang seines Referats die Frage: „Befindet sich Deutschland im (Propaganda-)Krieg?“. Europa steht auf wackligen Füßen, das Ziel des Informationskriegs ist die Beeinflussung und Destabilisierung der Gesellschaft durch viele Maßnahmen. Deutschland ist anfällig für russische Propaganda, schon 2014 wurde die Annexion der Krim ohne Proteste hingenommen.

Große Teile der Gesellschaft wandten sich von der Politik ab, aus Politikverdrossenheit wurde Politikverachtung, Verschwörungstheorien, Desinformation bis hin zu Verunglimpfung und sogar tätlichen Angriffen sind das Ergebnis. Wir haben den höchsten Stand an politischen Straftaten, die nicht mehr einem politischen Lager zuzuordnen sind. Der Widerstand gegen die Corona-Maßnahmen ist hierfür ein Beispiel.

In (Des-)Informationsblasen werden krude Theorien und „alternative Fakten“, in Wahrheit fake news, verbreitet. Dabei verbinden sich die sog. Querdenker und Corona-Leugner mit einer Pro-Putin-Bewegung. Alle verbindet ein ähnliches Feindbild.

Der Terminus „Nazi“ wurde bereits lange vor dem Krieg verbreitet. Das Gift der Desinformation ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Vor jedem Krieg steht die Propaganda. Russland gibt 1,2 Mrd. € für Propaganda im Ausland aus: verstärkt in sozialen Medien, auf speziellen Internetseiten statt der mittlerweile verbotenen Radio- und Fernsehsender.

Was ist dagegen zu tun? Die Bildung zu Demokratie und Geschichte ist erschreckend schlecht, es fehlt häufig an einfachstem Basiswissen.

In zehn Punkten zählte Nitsche die notwendigen Maßnahmen auf, um den genannten Entwicklungen zu begegnen und die gezielte Propaganda in unserem Umfeld abzuwehren.

[Hier lesen Sie das Manuskript des Vortrags von Christian Nitsche](#)

Frau Dr. Christiane Schuchart, Regionaldirektorin Russland beim Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft machte deutlich, dass man Brücke für den friedlichen Handelsaustausch und die Begegnung der Menschen bauen wollte. Russische Panzer haben diese Brücken zerstört.

Die Reaktion des Westens mit harten Sanktionen kam schneller, als Russland das erwartet hatte. Die deutsche Wirtschaft steht hinter diesen Sanktionen. Russland steht mittelfristig von der größten Wirtschaftskrise seit 1990. Fast alle Handelspartner sind freiwillig aus Russland abgezogen. Die Desintegration der Wirtschaft ist in vollem Gang. Eine lange Periode der Stagnation ist zu erwarten.

Die Modernisierung der russischen Wirtschaft ist völlig zum Erliegen gekommen. Russland ist in vielen Branchen stark importabhängig, besonders sichtbar z. B. in der Luftfahrt. Die Sanktionen wirken, das erwartete Wachstum für 2022 liegt bei minus 15 - 20%, die Inflation ist bei etwa 20%, die Arbeitslosigkeit steigt und liegt derzeit bei etwa 8%.

Im ersten Schritt war vor allem die Finanzwirtschaft betroffen, mittlerweile leidet auch die Realwirtschaft unter den Sanktionen. Für einen notwendigen Strukturwandel benötigt die Wirtschaft mindestens zwei Jahre, es gilt neue Kunden zu gewinnen und neue Lieferketten aufzubauen.

Ein Zusammenbruch der russischen Wirtschaft ist dagegen nicht zu erwarten. Es gibt eigene Ressourcen und Märkte, Putin verfolgte schon lange eine Tendenz zur Autarkie. Ein freiwilliger Rückzug aus dem russischen Markt hat dennoch größere Auswirkungen als die staatlichen Sanktionen. Allein in Moskau wird mit dem Verlust von 200.000 Arbeitsplätzen gerechnet. Bedeutend in diesem Zusammenhang ist die Rolle Chinas, das Land füllt bereits Lücken bei russischen Importen.

Wie reagieren die Russen und der russische Staat? Es gibt einen signifikanten „brain drain“ z. B. in Richtung Georgien. Eine große Zahl von Informatikern hat das Land bereits verlassen. Der russische Staat reagiert mit Einschüchterungsversuchen, ein Enteignungsgesetz wurde in die Duma eingebracht.

Ein „Weiter so“ wie bisher mit einem Russland unter Wladimir Putin kann es nicht geben. Der globale Handel wurde durch diesen Krieg schwer getroffen und in verschiedensten Bereichen wie etwa seltenen Erden, fossilen Rohstoffen und Nahrungsmitteln muss sich die westliche Welt auf eine grundlegende Neuausrichtung einstellen. Es ist nicht absehbar ob und wann ein Handel oder normalisierte Beziehungen zu Russland wieder möglich werden könnten.

Die deutsche Wirtschaft muss ein neues geopolitisches Bewusstsein entwickeln. Wirtschaftliche Abhängigkeit mit autokratisch oder diktatorisch geführten Staaten müssen vermieden werden.

„Wandel durch Handel“ hat seine Bedeutung nicht verloren. Wichtig ist, seinen Handelspartner genau zu studieren.

Prof. Dr. Martin Schulze Wessel, Historiker an der Ludwig-Maximilians-Universität München, derzeit als Gastprofessor am St Antony's College, University of Oxford, Co-Vorsitzender der Deutsch-Ukrainischen Historikerkommission per Videoeinspielung sprach anschließend über die historische Dimension und die Auswirkungen des Krieges auf die wissenschaftliche Zusammenarbeit.

Russland hat sich unter Putin vollständig in Richtung einer Autokratie transformiert. Die britische Zeitung „The Observer“ schreibt von einer „Stalinisierung“ Russlands. Putin versucht die Anknüpfung an die Zaren- und die Sowjetzeit. Er bezeichnete den Zerfall der Sowjetunion als größtes Unglück der jüngsten russischen Geschichte.

Die bisherige, enge Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem Gebiet ist vollständig zum Erliegen gekommen. Dies ist ein großer Schaden für beide Seiten,

Oberst a.D. Karl Walter, OWWF Bayer Vorstandsmitglied und Ukraine-Referent, Organisator des Bayerischen Hauses in Odessa, gab einen Abriss der sicherheitspolitischen Entwicklung seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion.

Seine Ausführungen gliedern sich in drei Punkten:

1. Was hat zum Krieg geführt?
2. Wie ist die aktuelle Situation?
3. Welche sicherheitspolitischen Konsequenzen zeichnen sich ab?

Mit Auflösung der UDSSR 1991 war die Ukraine mit 1.800 Nuklearsprengköpfen die drittstärkste Atommacht der Welt. Im Budapester Abkommen zur atomaren Abrüstung der Ukraine von 1994 garantieren die Signatarstaaten Russland, USA, Großbritannien, Frankreich und China die territoriale Integrität der Ukraine. Die Ukraine war die einzige Atommacht, die bis jetzt freiwillig auf diese Waffen verzichtet hat.

Seit damals verfolgt Putin eine Strategie der Unterwerfung der ehemaligen Sowjetrepubliken. Seine Taktik ist dabei die Eskalation von Konflikten, um für ihn angeblich nicht hinnehmbare Fakten zu verhindern: den NATO-Beitritt Georgiens durch einen Krieg in 2008, die Europäisierung der Ukraine nach dem Majdan durch die Annexion der Krim, der Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine und der gescheiterte Versuch, auch Cherson und Odessa unter russische Herrschaft zu bringen.

Mit einem Gesetz von 2010 gibt sich Russland das Recht, russischen Bürgern im Ausland „beizustehen“.

Putin hat sicher nicht mit dem heldenhaften Widerstand der Ukrainer gerechnet, seine strategischen Ziele einer Schwächung der Nato und der EU wurden durch seinen Angriffskrieg konterkariert.

[Hier kommen Sie zur umfangreichen Präsentation zu diesem Vortrag](#)

Putin läuft Gefahr, die Weissagung der Pythia für Krösus, König der Lydier, zu erfüllen:

„Wenn du den Halys überschreitest, wirst du ein großes Reich zerstören.“

Es war sein eigenes.